

# **Kritik: Zu wenig Abschlüsse bei Basler Sekundarschulen**

Die Geschäftsprüfungskommission kritisiert die Regierung, sie habe Ziele nicht erreicht, und stellt 23 Forderungen.

von Claude Bühler



*Bei der Sekundarstufe II werden zu wenig Abschlüsse erzielt, kritisiert die GPK. Bild: Unsplash*

---

## Kurz und knapp

- Schule, Klimaschutz, Kantonsbauten, Staatsanwaltschaft: Die Geschäftsprüfungskommission machte zum Geschäftsjahr 2024 insgesamt 97 Feststellungen.
- Die Kommission fordert klarere Richtlinien zur Erfolgskontrolle bei Regierungsmassnahmen.
- Befriedigt zeigt sie sich hingegen darüber, dass die von ihr geforderte Zentralisierung der IT aufgegleist wurde.

Vor den Sommerferien legt die Geschäftsprüfungskommission (GPK) jeweils den Jahresbericht zur Arbeit der Regierung, der Verwaltung und der Justiz vor. Wie meistens stand auch dieses Jahr der Satz da, dass «überwiegend gute Arbeit» geleistet wurde. Ein besonderer Fall wie etwa die Kostenexplosion beim Biozentrum wurde 2024 nicht verzeichnet.

Handlungsbedarf wurde dennoch festgestellt. Insgesamt richtet die Kommission in ihrem Bericht 15 Feststellungen, 59 Empfehlungen und 23 Forderungen an den Regierungsrat. In den Vordergrund stellt die Kommission die Abschlussquote bei Sekundarstufe II.

Hier stellt die GPK «mit Besorgnis» fest, dass die Erhöhung der Sek II-Abschlüsse bei Jugendlichen während der letzten vier Jahre nicht erreicht werden konnte. Die Abschlussquote lag bei 84.5 Prozent und verfehlte somit die anvisierten 95 Prozent deutlich. Die Sek-II betrifft die Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 19 Jahren.

In der neuen Legislatur müsse die Regierung dem Thema hohe Priorität einräumen. Zudem erwartet die GPK vom Regierungsrat eine Erklärung, warum vorgesehene Massnahmen nicht umgesetzt worden sind.

## **Mehr Klarheit bei der Erfolgskontrolle**

Zudem soll eine Strategie entwickelt werden, die zur Verbesserung der psychischen Gesundheit der jüngeren Generation und ihrer Resilienz beitrage. Manche negativen Entwicklungen, die sich durch die Pandemie verschärft haben, seien noch nicht überwunden.

Im Bereich der Legislaturziele, die noch nicht erreicht seien, fordert die GPK eine Analyse zum Stand der Digitalisierung der Basler Kantonsverwaltung. Im Bereich Klimaschutz fordert sie eine umfangreichere Berichterstattung im Bereich des Baustoff-Recyclings und auch der Reduktion des Energieverbrauches im bestehenden Gebäudepark.

Die GPK wünscht auch mehr Klarheit in der Erfolgskontrolle. So fordert die Kommission, dass die Legislaturziele mit Indikatoren versehen und Erfolg sowie Misserfolg der getroffenen Massnahmen messbar gemacht werden. Zudem soll im Jahresbericht offengelegt werden, wenn sich Massnahmen verzögern.

## **Die Microsoft-Cloud und falsch berechnete Zinsen**

Prioritäre Bedeutung sieht die Kommission bei der Microsoft-Cloud. Hier müsse die Regierung Restrisiken definieren, regelmässige Risk-Assessments durchführen und notfalls korrigierende Eingriffe vornehmen. Worum geht's? Diesen Frühling hat der Regierungsrat bekanntgegeben, dass die Kantonale Verwaltung die cloudbasierten Services «Microsoft 365» für die Informatik einsetzen wird.

Er erklärte, dass die Datenhaltung in der Schweiz erfolge und der Datenschutz gewahrt bleibe. Die Sicherheit und der Datenschutz könnten mit dem System verbessert werden. Restrisiken könnten mit organisatorischen und technischen Massnahmen minimiert werden. Die Wahrscheinlichkeit eines Zugriffs durch eine US-Behörde auf Basis des Cloud Acts wurde im Auftrag des Kantons von einer amerikanischen Anwaltskanzlei beurteilt und als sehr gering eingeschätzt.

Ferner wurden laut Hinweisen aus der Bevölkerung auf den Konten von Steuerpflichtigen Zinsen falsch berechnet. Mittlerweile seien die notwendigen Korrekturen abgeschlossen. Die GPK empfiehlt, Basel-Stadt solle sich dem Software-Standard anderer Kantone anpassen.

---

Prime Content



## Workshops bei Blumen Au Bouquet machen Spass

Lust auf einen besonderen Event? Beim Basler Blumengeschäft lernst du, wie du einen schönen Strauss oder Kranz kreierst.

---

## Schimmel im naturhistorischen Museum

Kritik gibt es auch im Zusammenhang mit dem Neubau des naturhistorischen Museums. Dort waren verschiedentlich feuchte Stellen und sogar Schimmel gefunden worden. Zusätzliche Schwierigkeiten hätten sich durch neue Projektanforderungen während der Ausführung ergeben – speziell die Zusatzaufgabe einer Tramnutzung der Luzernerringbrücke.

Hier erwartet die GPK, dass bei solch komplexen Projekten Probleme vor Baustart antizipiert werden.

## Millionendefizit im Kunstmuseum

Im August vermeldete das Kunstmuseum ein [↗](#) Millionendefizit . Ein Grund: Das Museum habe nicht genügend Drittmittel über Sponsoring, Beiträge von Privaten und von Stiftungen generieren können. Daraufhin leitete die neue Museumsleitung unter Elena Filipovic eine Reihe von Massnahmen ein, die zu Einsparungen und zur Steigerung der Einnahmen führen sollten – mit dabei ein Steuerungsausschuss, der deren Umsetzung steuert.

Hier erwartet die GPK, dass ab 2027 das Kunstmuseum zum Regelbetrieb mit den regulären Personalressourcen zurückkehrt.

## **Stawa: Belastung nimmt zu**

Weiteres Thema: Die chronische Überlastung der Staatsanwaltschaft. Wie die GPK bereits mehrmals bemerkt habe, sei die Staatsanwaltschaft momentan unzureichend mit Stellen ausgestattet, um den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Der Aufwand für die Fälle sei zudem gestiegen.

Die Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft kam in ihrem Bericht vom 4. Juni 2024 zum Schluss, dass mehrere Abteilungen betroffen seien und dass die Belastung noch zunehmen werde. Insbesondere die Rückstände seien dramatisch gewachsen. Dies führe sogar dazu, dass Fälle tendenziell vermieden würden.

Die anstehende Reorganisation der Strafverfolgung wird zusätzliche Ressourcen in Anspruch nehmen, heisst es nun im Bericht der Kommission. Damit die Stawa gestärkt aus der Reorganisation hervorgehe, fordert die GPK, dass der Regierungsrat die Ressourcen der Behörde sowie die Kompetenzen der Aufsicht überprüft.